

# OSTTHÜRINGER Zeitung

## Hitzige Diskussion um künftige Abwasserentsorgung in Langenorla

29.01.2014 - Pößneck

Das Solidarprinzip soll auch für die Haus-Klärgrube gelten: In Langenorla hitzige Diskussion um die künftige Abwasserentsorgung. Zweckverband Orla will auch Kleinkläranlagen betreiben.



Auf der Saale-Orla-Schau in Pößneck wird regelmäßig für vollbiologische Kleinkläranlagen geworben. Künftig will auch der Zweckverband Orla solche auf Privatgrundstücken errichten und betreiben. Archivfoto: Peter Cissek

Langenorla. Voraussichtlich in der März-Ausgabe des Landkreis-Amtsblattes wird das fortgeschriebene Abwasserbeseitigungskonzept des Zweckverbandes Orla veröffentlicht. Es führt grundstücksgenau auf, welche Orte bis zum Jahr 2030 an zentrale Kläranlagen angeschlossen werden sollen.

Wie Zweckverbands-Werkleiter Volkmar Göschka dazu am Dienstagabend in Langenorla informierte, werde dies etwa 4000 Einwohner vor allem größerer Kommunen betreffen, darunter auch die von Kleindembach. Die Bürger fast aller Orte unter 100 Einwohnern - hingegen müssen sich darauf einrichten, ihr Abwasser auch in Zukunft sozusagen vor der eigenen Haustür zu reinigen.

Wie und warum, darum kreiste die rund zweistündige Diskussion bei einer Veranstaltung des Kommunalpolitischen Forums (Kopofor) der Partei Die Linke im Gasthaus "Zum Orlatal". Kern des Unmuts ist die mit dem neuen Thüringer Wassergesetz de facto vorgegebene - Aufteilung der Grundstücksbesitzer in zwei Klassen - solche mit zentraler Entsorgung und - jene, die zumindest in den nächsten 15 Jahren nicht angeschlossen werden und daher selbst investieren müssen.

"Das Solidarprinzip der Zweckverbände wird damit aufgeweicht", sagte Ulrich Scheller von der Bürgerinitiative aus Oberoppurg; stattdessen würden die Verbände sich zur - Kontrollbehörde entwickeln und "Abzocke" betreiben.

Wie andere Redner verwies Scheller auf die enormen Kostenunterschiede: Bei einer Laufzeit von zehn Jahren kämen auf die Betreiber einer vollbiologischen Kleinkläranlage etwa 1300

Euro Jahresaufwand zu, allein die Kontrollkosten entsprächen dem, was der Mieter einer städtischen Wohnung insgesamt für sein Abwasser zahle.

Wolfgang Kleindienst (Birso) rechnete für ein typisches 500-Quadratmeter-Grundstück einen Kostennachteil von 248 Prozent für Langenorla gegenüber Pößneck vor und sprach von einer "elenden Verschiebung zu Lasten des ländlichen Raums".

Gruppen-Anlagen für mehrere Grundstücke oder einen kleinen Ort könnten diese Belastungen dämpfen, zumal, wenn diese von der öffentlichen Hand gebaut und betrieben würden. Scheller wie auch der Langenorlaer Bürgeraktivist Burkhard Kunze forderten, diese Gruppenlösungen müssten Vorrang vorm Zwang zur Grundstücks-Kleinkläranlage erhalten.

## **Gewässerzustand als Kriterium angemahnt**

Ein Verlangen, dem auch [Tilo Kummer](#), Linke-Umweltexperte im Landtag, Nachdruck verlieh, schon aus technischen und demografischen Gründen: Üblicherweise seien die vollbiologischen Kleinkläranlagen auf mindestens vier Einwohnerequivalente ausgelegt. Wenn sie für nur zwei Hausbewohner verbaut würden und diese dann in Urlaub fahren, "ist die Biologie in der Anlage ganz schnell verhungert", so Kummer.

Zwar würden Hersteller entsprechendes Urlaubs-Futter für die Anlagen gleich mitverkaufen, doch dessen Einsatz belaste das Abwasser enorm. Der Abgeordnete plädierte deshalb für den Einsatz von Pflanzenkläranlagen, die inzwischen auch für Dörfer oder Kleinstädte entwickelt seien. Gerade auf dem Land könnten sie von Genossenschaften preisgünstig gebaut und betrieben werden. Erste Bestrebungen dazu gebe es in Teilen Thüringens. Für wirklich günstige Lösungen müsse aber die verpflichtende Bauartenzulassung für Pflanzenanlagen fallen.

Weitere Forderungen der Linken: mehr Mitbestimmung der Bürger bei der Wahl der Abwasserbeseitigung und Regelungen, die Fördermittel auf den Kläranlagenbau entlang belasteter Gewässer konzentrieren und an nicht verschmutzten Bächen und Flüssen mehr Zeit für die Investition in Anlagen einräumen.

Überhaupt müsse in der Gesetzgebung eine Umkehr zum tatsächlichen Gewässerzustand als Kriterium der nötigen Abwasserentsorgung vollzogen werden. Beispiel untere Orla: Die erfüllte bereits 2006 die Anforderungen der EU-Wasserrahmenrichtlinie und hat vor allem ein Problem: zu wenige Tierarten mangels Durchgängigkeit.

"Es wäre sinnvoller für Thüringen, mehr in Gewässerstrukturen zu investieren als die Menschen zu neuen Kläranlagen zu zwingen, die für die Gewässergüte fast keine Auswirkung haben", erklärte Kummer.

Er wie auch andere Redner des Abends betonten indes, der hiesige Zweckverband leiste im Rahmen seiner Möglichkeiten vieles, um bürgerfreundliche Lösungen zu finden.

Eine weitere kündigte Werkleiter Göschka schon mal an: Über ein Pilotprojekt, das noch vor der Genehmigung steht, will der Zweckverband künftige Hauskläranlagen selbst bauen und betreiben - zu niedrigeren Kosten im Vergleich zur jetzigen Variante Zwangs-Eigenbau.

Jens Voigt / 30.01.14 / OTZ